

Antrag

der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN

Von der DEG gefördertes Projekt Palmorienté S. A. in Ecuador

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die bundeseigene Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (DEG) anzuweisen, sich unverzüglich aus dem Ölpalmenprojekt „Palmorienté S. A.“ in Ecuador zurückzuziehen.

Bonn, den 5. Juni 1987

Frau Eid

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Die DEG ist an dem Projekt Palmorient S. A. finanziell mit 3,1 Mio. DM Beteiligung und 10 Mio. DM Darlehen beteiligt. Die DEG begründet ihren Finanzierungsbeitrag für das Ölpalmenprojekt im Amazonastiefland Ecuadors mit dem sinnvollen Ausbau eines Wirtschaftszweiges, „der sich möglichst direkt auf den Lebensstandard der breiten Bevölkerung auswirke und den sozialen Fortschritt fördere“ (Jahresbericht der DEG 1982, Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 10/3318).

Das bisher 10 000 ha umfassende Ölpalmenprojekt der Palmorient S. A. soll ecuadorianischen Regierungsplänen zufolge um weitere 200 000 ha fruchtbarsten vulkanischen Urwaldbodens erweitert werden. Bereits seit 1985 klären die lokalen Indianerorganisationen, FOIN und FCUNAE, gemeinsam mit der Konföderation der Tieflandindianer Ecuadors, CONFENIAE, über die schwerwiegenden kulturellen, sozialen und ökologischen Folgen des Ölpalmenprojekts Palmorient S. A. auf. Für die Indianerorganisationen stellt sich die Plantage der Palmorient S. A. als die erste Teiletappe eines riesigen agroindustriellen Nutzungsplans dar, der die umfassende Umwandlung ihres Lebensraumes in exportorientierte Monokulturflächen vorsieht, ohne Rücksicht auf verbrieft traditionelle Landrechte und ohne Rücksicht auf den Erhalt des Ökosystems. Die Trinkwasserversorgung und die Fischgründe im Einzugsgebiet der Plantage sind durch den Pestizideinsatz und insbesondere durch ohne Filteranlagen in die Flußsysteme geleitete Abfallstoffe der Ölmühlen bedroht.

Der Finanzierungsbeitrag der DEG ist deshalb aus sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Gründen nicht mehr zu rechtfertigen.